

Währungsunion: Die geschrumpfte Euro-Reform

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. sich die Struktur und Funktionsweise der Europäischen Währungsunion erschließen.
2. die Schwerpunkte der derzeitigen Reform-Diskussion herausarbeiten.
3. die in diesem Zusammenhang im Kreis der Mitgliedsstaaten auftretenden Interessenkonflikte analysieren.

2. Aufgaben

1. *Beschreiben Sie in eigenen Worten die Zusammensetzung und Struktur der Europäischen Währungsunion.*
2. *Erörtern Sie die mit ihrer Schaffung verfolgten Zielsetzungen. Überprüfen Sie, in welcher Form und an welchen Stellen die Währungsunion in unseren Alltag hineinwirkt.*
3. *Ermitteln Sie die derzeitigen Schwerpunkte der aktuellen Reform-Diskussion. Erläutern Sie in eigenen Worten die zur Diskussion stehenden Fragestellungen.*
4. *Setzen Sie sich tiefergehend mit den Plänen zur Implementation eines Euro-Zonen-Budgets auseinander. Arbeiten Sie die zur Diskussion gestellten Ideen sowie auftretenden Konfliktlinien heraus.*
5. *Analysieren Sie die Kontroverse um den Ausbau des Euro-Rettungsfonds ESM. Geben Sie die diesbezüglichen Vorschläge wieder und erläutern Sie die zwischen den Nord- und Südstaaten bestehende Kontroverse.*
6. *Diskutieren Sie vor diesem Hintergrund das Verhältnis zwischen nationalstaatlichen Interessen und gemeinschaftlich geteilten Zielsetzungen innerhalb der Europäischen Währungsunion.*

Währungsunion: Die geschrumpfte Euro-Reform

Finanzminister streiten über das Euro-Budget und den Ausbau des Rettungsfonds ESM.

Olaf Scholz (SPD) und seinen europäischen Kollegen steht eine Nachtschicht bevor. Die EU-Finanzminister kommen am Donnerstag in Luxemburg zusammen, um die seit Langem diskutierte und mehrfach verschobene Reform der Währungsunion endlich zu beschließen. Doch mittlerweile ist fraglich, ob das gelingt. Vieles ist noch umstritten. Und
5 dort, wo man sich annähert, bahnt sich die kleinstmögliche Lösung an.

Strittig ist vor allem eine Neuerung: Die Euro-Zone soll 2021 einen eigenen Haushalt bekommen. Um das Euro-Zonen-Budget wird seit über einem Jahr heftig gestritten, wobei die Fronten zwischen Paris und Den Haag verlaufen. Frankreich will das Euro-Budget
10 unbedingt haben, Präsident Emmanuel Macron hatte es einst angekündigt. Die Niederlande versuchen alles, um es zu verhindern. Zwischen den Finanzministern beider Länder, Bruno Le Maire und Wopke Hoekstra, war es deshalb Ende vergangenen Jahres zu einer so heftigen Auseinandersetzung gekommen, dass Scholz schlichten musste. Scholz konnte den Konflikt damals zwar entschärfen, aber beigelegt ist er nicht. [...]
15 Dabei geht es nicht mehr um die Frage, ob das Euro-Zonen-Budget überhaupt kommt. Damit haben sich die Niederländer Ende 2018 abgefunden. Im Gegenzug musste Frankreich allerdings ein wesentliches Zugeständnis machen: Der neue Finanztopf darf nicht eingesetzt werden, um Mitgliedstaaten in einer schweren Wirtschaftskrise zu stabilisieren. Das Budget soll nur dazu da sein, um kostspielige Strukturreformen, etwa
20 der sozialen Sicherungssysteme, finanziell abzufedern oder um öffentliche Investitionen zu fördern. Durch die Hintertür wird nun allerdings doch ein gewisses Stabilisierungselement eingeführt: Normalerweise müssen Empfängerstaaten aus dem Euro-Budget geförderte Reformen oder Investitionsprojekte immer zu einem bestimmten Teil selbst finanzieren. „Im Falle eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs könnte
25 diese nationale Kofinanzierungsquote gesenkt werden“, heißt es in einem internen Vorbereitungspapier für den EU-Finanzministerrat, das dem Handelsblatt vorliegt.

Dass nun schon so lange und heftig über das Euro-Zonen-Budget gestritten wird, sorgt in Brüssel für Kopfschütteln. Schließlich redet man nur über einen sehr kleinen Geldtopf:
30 Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, im nächsten siebenjährigen Finanzrahmen 25 Milliarden Euro für das Euro-Zonen-Budget bereitzustellen. Davon sind 17 Milliarden Euro für Euro-Staaten bestimmt, der Rest für solche Länder, die den Euro künftig einführen wollen. Verteilt über einen Zeitraum von sieben Jahren kann die Euro-Zone mit einem solchen Mini-Etat wenig ausrichten. Frankreich drängt deshalb darauf, dass die 19
35 Euro-Staaten das Euro-Budget verdoppeln - und zwar außerhalb des regulären EU-Haushalts. Die zusätzlichen Beiträge will Frankreich in einem zwischenstaatlichen Abkommen regeln - doch das stößt auf Widerstand. In internen Vorbereitungspapieren der Finanzminister sind die Passagen zum zwischenstaatlichen Abkommen in Klammern gesetzt. Das bedeutet, dass sich die Unterhändler der Euro-Staaten darüber bisher nicht
40 einigen konnten. Vor allem die Niederlande halten dagegen, aber auch Finnland und Luxemburg. [...]

In dem Streit hat sich Deutschland auf die französische Seite geschlagen. Scholz und Le Maire hatten vergangenes Jahr ein gemeinsames Papier zur Ausgestaltung des Euro-Budgets vorgelegt. Diesem zufolge soll es ein zwischenstaatliches Abkommen über
45 zusätzliche Beiträge zu dem Haushalt geben. Über das finanzielle Volumen steht in dem Papier nichts. Frankreich denkt offenbar daran, die im Rahmen des EU-Haushalts bereitgestellten Mittel zu verdoppeln.

Mindestens ebenso umkämpft wie das Euro-Budget ist ein zweites zentrales
50 Reformelement: der Ausbau des Euro-Rettungsfonds ESM. Der soll ein neues Hilfsinstrument erhalten, eine vorsorgliche Kreditlinie. Diese soll Staaten helfen, die zwar in einer Krise stecken, aber kein umfangreiches Hilfsprogramm mit Reformauflagen benötigen oder wollen. Grundsätzlich wurde das Instrument zwar Ende vergangenen Jahres vereinbart, doch um die Ausgestaltung wird nun ebenfalls heftig gerungen. [...]
55 Streit gibt es unter anderem über die Frage, wie streng die Zugangsvoraussetzungen für das neue Hilfsinstrument werden sollen. Deutschland beharrt auf drei Kriterien: Das Land soll Zugang zum Kapitalmarkt haben, die Verschuldung gegenüber ausländischen Investoren darf nicht zu hoch sein, und es soll keine systemischen Probleme bei den Banken geben. Damit wollen vor allem die nordeuropäischen Länder verhindern, dass das
60 neue Instrument von Staaten genutzt wird, die eigentlich ein umfängliches Hilfsprogramm mit Reformauflagen benötigen.

Vor allem die südeuropäischen Länder wollen hingegen die Zugangshürden deutlich
65 senken. Demnach soll es ausreichen, wenn sich ein Staat an den Stabilitäts- und Wachstumspakt hält - was sie aber nicht als Auflage verstanden wissen wollen, dass er immer das Defizitkriterium von drei Prozent unterschreitet. Nach ihrer Ansicht soll es genügen, wenn die Kommission bestätigt, dass sich das Land grundsätzlich dem Stabilitätspakt verpflichtet fühlt. [...]

Quelle: Berschens, R./Hildebrand, J., Handelsblatt, Nr. 111, 12.06.2019, 10